

## **Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats vom 09.10.2015**

auch online auf [www.bodnegg.de](http://www.bodnegg.de), Menüpunkt Rathaus, Verwaltung, GR-Sitzung/Bericht

### **1. Richtigstellung zu Top 8 der Sitzung vom 11.09.2015**

Im Sitzungsbericht über die vergangene Sitzung des Gemeinderats vom 11.09.2015 wurde fälschlicherweise veröffentlicht, dass der Beschluss zu Tagesordnungspunkt 8 „Asylbewerberunterbringung in Bodnegg – Beschlussfassung über Standorte“ mehrheitlich bei 2 Enthaltungen gefasst wurde. Richtig ist, dass der Beschluss mehrheitlich bei **2 Gegenstimmen** gefasst wurde.

### **2. Bürgerfragestunde**

Wiederum fand eine stattliche Anzahl an Zuhörern den Weg in den Sitzungssaal der Raiffeisenbank in Bodnegg, wo der Gemeinderat Bodnegg derzeit seine Gemeinderatsitzungen abhält. Knapp 20 Zuhörer hatten zu Beginn der Sitzung im Rahmen der Bürgerfragestunde die Möglichkeit Fragen an den Bürgermeister und die Verwaltung zu stellen.

Zunächst wurden von einem Bürger Fragen zum Stand des Liegenschaftsmanagements und der Einführung der Gebäude- und Energiemanagementsoftware SanReno gestellt sowie ein Hinweis auf eine Grünmüllablagerung gegeben. Außerdem hinterfragte er den Sachstand zum Verkauf der „alten Bank“ an die „Alte Bank GbR“ sowie zur möglichen Zusammenlegung der beiden Kindergärten St. Martinus und St. Elisabeth und wollte wissen, ob bereits Planungen für eine Begegnungsstätte für Flüchtlinge und Asylbewerber erstellt wurden. Bürgermeister Frick führte den Sachstand zum Liegenschaftsmanagement und der Software SanReno aus, erläuterte, dass der „Alten Bank GbR“ ein Verkaufsangebot unterbreitet wird und erklärte, dass mit der katholischen Kirchengemeinde grundsätzlich Einigung über die vorläufige Planung der Zusammenlegung der beiden Kindergärten herrscht. Als Träger der Kindergärten wurden die vorläufigen Pläne zunächst mit der katholischen Kirchengemeinde besprochen. Er führte ferner aus, dass noch keine Pläne für eine Begegnungsstätte für Flüchtlinge und Asylbewerber erstellt wurden.

Weitere Fragen der Zuhörer zum Helferkreis Asyl in Bodnegg, der Einbindung der katholischen Kirchengemeinde, Bodnegger Vereinen, Schule und des Schulsozialarbeiters in den Helferkreis, zum zeitlichen Aufkommen des Bedarfs von Wohnmodulanlagen, der Vergabe von Aufträgen zur Erstellung von Unterkünften an heimische Betriebe und zum Verkehrsaufkommen auf der L326 zwischen Vorderreute und Bodnegg, beantwortete der Vorsitzende. Er wies anschließend auf die Möglichkeit hin, weiterführende Erläuterungen direkt im Rathaus zu erfragen. Besonders lud er erneut dazu ein, die Bürgersprechstunde des Bürgermeisters für solche Anfragen zu nutzen. Die Bürgersprechstunde findet regelmäßig am Montag vor den Sitzungen des Gemeinderats statt. Der genaue Termin wird jeweils rechtzeitig im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Eine weitere Anfrage bezog sich wiederum auf die geplanten Wohnmodulanlagen in Bodnegg. Ein Zuhörer bat darum, den Beschluss zu den Standorten der Wohnmodule dahingehend zu erweitern, dass eine 1-geschossige Bauweise sowie nur eine Anlage pro Standort und eine Befristung der Standorte bis Dezember 2019 festgelegt werden. Außerdem regte er an, zukünftig auf jede Tagesordnung einen Tagesordnungspunkt über die Flüchtlingssituation in Bodnegg aufzunehmen. Hierauf antwortete der Vorsitzende, dass dieser Beschluss so nicht erweitert werden kann, da die

Flüchtlingszahlen immer weiter steigen und der Bedarf nicht absehbar ist. Er wies aber auf die Sitzung vom 11.09.2015 hin, in der sowohl vom Gemeinderat als auch von der Verwaltung eindeutig, festgestellt wurde, dass es das Ziel ist, die Standorte zu verteilen und pro Standort soweit wie möglich nur eine Wohnmodulanlage zu errichten. Daher sind auch bereits weitere Standorte in Prüfung. Die Befristung bis Ende 2019 bezieht sich lediglich auf die Rechtsgrundlage im BauGB, nicht aber auf die Aufstelldauer der Wohnmodulanlagen. Der Vorschlag des Zuhörers, die Flüchtlingssituation in Bodnegg zukünftig als festen Bestandteil auf jede Tagesordnung der Gemeinderatsitzungen aufzunehmen, wurde im späteren Verlauf der Sitzung bei 8 Gegenstimmen und 6 Befürwortungen abgelehnt.

### **3. Baugesuche**

#### **a. Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung und Garage auf Flst. Nr. 731/28, Buch 2**

Dem Baugesuch wurde einstimmig das Einvernehmen erteilt.

### **4. Bildungszentrum Bodnegg: Sanierung der Fassade des „Blauen Gebäudes“ - Vergabe**

Anfang des Jahres wurde die AGP Ingenieurgesellschaft aus Bad Waldsee beauftragt, die Sanierung und Verkleidung der Fassade des „Blauen Gebäudes“ auszuschreiben. Nach diffiziler Vorarbeit wurden die vorgehängte Fassade und die Begleitarbeit ausgeschrieben. Es handelt sich um die Gewerke „Gerüstbauarbeiten“, „Putz- und Stuckarbeiten“ und „Vorgehängte hinterlüftete Fassade“. Der Auftrag wurde einstimmig an die folgenden wirtschaftlichsten Bieter vergeben:

Gerüstbauarbeiten:	Fa. Kaufmann, Kißlegg zum Angebotspreis von 5.346,19 €
Putz- und Stuckarbeiten:	Fa. Haussmann, Weingarten zum Angebotspreis von 8.037,38 €
Vorgehängte, hinterlüftete Fassade:	Fa. Holzbau Eberhardinger + Bosch, Senden zum Angebotspreis von 40.139,28 €.

### **5. Bodnegg 2030 – Arbeitsgruppe Energie und Umwelt**

– Nahwärmeverbund „Ortsmitte“ - Präsentation des Ing.büro Reiter, Weingarten

Dipl. Ing. Roland Reiter, Weingarten zeigte dem Gemeinderat ein Konzept zur Nahwärmeversorgung der kommunalen und in einer Variante evtl. auch privaten Liegenschaften in der Dorfmitte Bodneggs aus dem Blockheizkraftwerk (BHKW) der Turnhalle auf. Die Dorfmitte der Gemeinde steht mit dem Neubau einer zentral gelegenen, barrierefreien Wohnanlage vor einer gestalterischen Sanierung. In diesem Zuge werden Überlegungen angestellt, die Dorfmitte in einem Nahwärmekonzept für die Liegenschaften der Gemeinde zu erschließen und dieses Wärmeversorgungsnetz mit dem des Schulzentrums zu verbinden. In einer Variante werden auch private Anschlussnehmer berücksichtigt. Dipl. Ing. Reiter erklärte die erforderliche Gesamtheizleistung zum geplanten Anschluss der Gebäude. Anhand zahlreicher Verbrauchsdaten und der Leistungsdaten des BHKW zeigte er eine mögliche Versorgungsstrategie auf.

Der Gemeinderat war insgesamt erfreut über diese mögliche nachhaltige Energieversorgung, verwies aber auch darauf die Wirtschaftlichkeit im Auge zu behalten. Der Vorsitzende wies zudem darauf hin, dass die entstehenden Kosten von den Anschlussnehmern mitzutragen sind. Er schlug vor, den aufgezeigten Plan weiterzuverfolgen, die Wirtschaftlichkeit eingehend prüfen zu lassen und eine detaillierte Planung nach eingehender Prüfung dem Gemeinderat vorzustellen. Das Gremium folgte diesem Vorschlag einstimmig und lobte abschließend die umfangreiche Vorarbeit sowie das beispielhafte Engagement der AG Energie und Umwelt.

## **6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Alte Bank“**

- Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Die Baugemeinschaft „Alte Bank GbR“ plant die Errichtung einer barrierefreien Wohnanlage auf dem Gelände der früheren Raiffeisenbank in Bodnegg, Grundstück 454/4. In der vergangenen Sitzung vom 11.09.2015 wurde das erforderliche Bebauungsplanverfahren zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umnutzung des alten Raiba-Grundstücks mit dem Einleitungsbeschluss auf den Weg gebracht. Nun wurde mit dem Auslegungsbeschluss der nächste Verfahrensschritt gemacht. Nach kurzer Vorstellung der Planung sowie des Verfahrensablaufs beschloss der Gemeinderat bei einer Enthaltung die Öffentlichkeitsbeteiligung in Form der Auslegung der Planunterlagen vom 27.10.2015 bis zum 27.11.2015 im Rathaus der Gemeinde Bodnegg und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Behörden.

## **7. Gemeinwesenarbeit in Bodnegg**

Zum September 2014 wurde in der Gemeinde Bodnegg die neue Stelle der Gemeinwesenarbeit geschaffen. Gemeinwesenarbeiterin Christa Gnann stellte dem Gemeinderat erneut die Gemeinwesenarbeit mit ihren Schwerpunkten Senioren und Bürgerschaftliches Engagement in Bodnegg und die bislang etablierten sowie geplanten Projekte vor. Die Ziele der Gemeinwesenarbeit sowie Möglichkeiten, Erwartungen, Anforderungen an Infrastruktur und erforderliche Voraussetzungen wurden von Frau Gnann ausführlich erläutert. Herr Dr. Brüll erinnerte an die Umfrage 50+, die den Bedarf einer Seniorenarbeit ergab und machte verschiedene Vorschläge für einen Raum für die Gemeinwesenarbeit. Er verwies zudem auf den demografischen Wandel, der immer mehr Pflegebedarf zur Folge hat. Das Gremium lobte das Engagement von Frau Gnann, stimmte dem Konzept der Gemeinwesenarbeit zu und sagte auch weiterhin Unterstützung für die Gemeinwesenarbeit zu.

## **8. Übernahme der Flüchtlingssozialarbeit**

Die Dimensionen der Flüchtlings- und Asylbewerberaufgabe ist mittlerweile hinreichend bekannt. Ehrenamtliches Engagement spielt eine wichtige Rolle, um den Bedürfnissen von in Bodnegg untergebrachten Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie der Einwohnerschaft in möglichst hohem Maße gerecht werden zu können. Allein mit Ehrenamt ist diese Aufgabe aber sicherlich nicht zufriedenstellend zu bewältigen. Daher ist aus Sicht der Verwaltung unbedingt angezeigt, die Dienstleistung der hauptberuflichen Flüchtlingssozialarbeit zu beauftragen.

Der Stellenumfang richtet sich nach dem Richtwert für die Personalbemessung in der Flüchtlingssozialarbeit von 1:134, d.h. eine Vollzeitstelle für die Betreuung von 134 Flüchtlingen. Die Personalkosten werden den Kommunen vom Landkreis erstattet. Weitere Vergütungsbestandteile sind der Ersatz von Sachkosten sowie pauschal 15% der berücksichtigungsfähigen Personalkosten für anfallende Gemeinkosten. Die Stellung eines Büros samt Büroausstattung geht zulasten der Kommune.

Da es aus Sicht der Verwaltung Sinn macht, die Flüchtlingssozialarbeit auf Verbandsebene einzurichten, wurden mit den Verbandsgemeinden Abstimmungsgespräche geführt. So könnten 2 Vollzeitstellen eingerichtet werden. Dann wäre auch eine sinnvolle Vertretungsmöglichkeit bei Krankheit oder Urlaub gewährleistet. Der Gemeinderat war einhellig der Meinung, dass die Übernahme der Flüchtlingssozialarbeit sinnvoll und erforderlich ist. Auch die Organisation auf Verbandsebene wurde vom Gremium unterstützt. Der Gemeinderat stimmte sodann

der aufgezeigten Vorgehensweise zu, die Flüchtlingssozialarbeit zusammen mit den Verbandsgemeinden beim GVV Gullen durch noch anzustellendes Personal im erforderlichen Stellen- und Beschäftigungsumfang vorzuhalten.